

ÖJZ aktuell 989

Beiträge

- Neue Debatten über die Wiederholungsgefahr nach Abmahnung gemäß § 28 Abs 2 KSchG 993

Lieber bis zu einem Urteil streiten, als den Konflikt bereinigen?

Seit der E 6 Ob 24/11 i (verstSen) schienen die Rechtsfolgen einer „Übermaßabmahnung“ weitgehend geklärt zu sein: Führt der Verbraucherschutzverband in der außergerichtlichen Abmahnung von AGB nach § 28 Abs 2 KSchG für eine Klausel überschießende Beanstandungsgründe an (zB mit Recht Intransparenz nach § 6 Abs 3 KSchG, aber zu Unrecht gröbliche Benachteiligung gem § 879 Abs 3 ABGB), kann der Unternehmer unter Setzung von Vorbehalten (zB dass er nur einen Verstoß gegen § 6 Abs 3 KSchG anerkennt) zwar nicht mit einer außergerichtlichen Unterlassungserklärung, wohl aber mittels Angebot eines vollstreckbaren Unterlassungsvergleichs im Prozess die Wiederholungsgefahr beseitigen, sofern seine Rechtsauffassung zutreffend ist. Diese Rechtslage wird allerdings in letzter Zeit von Verbraucherschutzverbänden und einer Entscheidung des OLG Wien wieder in Zweifel gezogen. Zudem wurde die Frage virulent, ob die Wiederholungsgefahr durch Anbot eines prätorischen Vergleichs wegfällt.

Von Raimund Bollenberger

- Rechtsprechung des EGMR 2016 (3) 998

Der dritte Teil des Überblicks über die Rsp des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2016 behandelt Entscheidungen zu den Art 10 bis 14 EMRK, Art 1 und 3 1. ZP, Art 2 und 4 4. ZP sowie Art 4 7. ZP.

Von Rudolf Thienel

- Die Vereinbarkeit der vermögensrechtlichen Sanktionen des StGB mit der Verfassung 1006

Verletzen Konfiskation, (erweiterter) Verfall und Einziehung die Eigentumsfreiheit?

Die vermögensrechtlichen Anordnungen des StGB – die Konfiskation (§ 19 a StGB), der (erweiterte) Verfall (§§ 20 ff StGB) und die Einziehung (§ 26 StGB) – entziehen dem Betroffenen in seinem Eigentum stehende Gegenstände und Vermögenswerte. Diese können entweder bei der Verübung der mit Strafe bedrohten Handlung verwendet oder durch sie hervorgebracht (§§ 19 a und 26 StGB) oder für oder durch deren Begehung erlangt worden sein (§§ 20 ff StGB). Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob die Normierung des Entzugs der Tatwerkzeuge, Tatprodukte, Tatbeute und Tatlöhne im StGB mit der verfassungsrechtlich garantierten Eigentumsfreiheit im Einklang steht.

Von Kathrin Schmidhuber

Evidenzblatt

- Familienrecht 1015

OGH 30. 5. 2017, 8 Ob 110/16h

144: Verjährung der Unterhaltsrückforderung

- Internationales Verfahrensrecht 1016

OGH 1. 3. 2017, 5 Ob 72/16y

145: Schiedsklausel wird wegen Verstoßes gegen eine Eingriffsnorm nicht anerkannt

Mit Anmerkung von Benjamin Gottlieb

- Schadenersatzrecht 1020

OGH 29. 3. 2017, 1 Ob 161/16g

146: Haftung einer Gynäkologin

Mit Anmerkung von Bernhard Burtscher

- Wohnungseigentum 1024

OGH 23. 1. 2017, 5 Ob 162/16h

147: Keine Sanierung des Kfz-Abstellplatzes

Mit Anmerkung von Johann Höllwerth

→ Zivilverfahren	1026
OGH 28. 3. 2017, 8 Ob 50/16k	
148: Kein Einwand der nicht gehörigen Fortsetzung des Wiederaufnahmeverfahrens	
<i>Mit Anmerkung von Wolfgang Jelinek</i>	
→ Strafrecht	1028
OGH 23. 5. 2017, 14 Os 34/17g	
149: Raub durch kriminelle Vereinigung	
→ Strafprozessrecht	1030
OGH 23. 5. 2017, 14 Os 25/17b	
150: Doppelverwertungsverbot	

EvBI-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	1031
OGH 25. 7. 2017, 9 ObA 44/17m	
165: Abfertigungswirksamkeit von Diensterfindungsvergütungen	
→ Erbrecht	1032
OGH 27. 7. 2017, 2 Ob 124/17z	
166: Schadensverlagerung auf den Legatar	
→ Grundbuchsrecht	1032
OGH 23. 5. 2017, 5 Ob 58/17s	
167: Ein Wiederkauf hat auf (nachfolgende) Pfandrechte keine Auswirkung	
→ Personenrecht.	1032
OGH 25. 4. 2017, 10 Ob 17/17y	
168: Keine Sachwalterhaftung für Unterlassung aussichtsloser Klageführung	
→ Schadenersatzrecht.	1033
OGH 12. 7. 2017, 1 Ob 115/17v	
169: Eisfläche(n) zwischen geparkten Fahrzeugen	
OGH 17. 8. 2017, 2 Ob 190/16d	1033
170: Verkehrslichtzeichen, die nicht den Individualverkehr regeln	
→ Strafprozessrecht	1034
OGH 24. 5. 2017, 15 Os 13/17a	
171: Anklagewille bestimmt Prozessgegenstand	
→ Strafrecht	1034
OGH 17. 5. 2017, 13 Os 36/17v	
172: Brechstange als besonderes Mittel für gewerbsmäßige Begehung	

Forum

→ Zur „Besonderheit“ von Mitteln nach § 70 Abs 1 Z 1 StGB	1035
Anmerkung zu OGH 17. 5. 2017, 13 Os 36/17v	
<i>Von Richard Ropper</i>	

Standards

→ Impressum	992
→ Buchbesprechungen	1036